



STELLUNGNAHME ZUR ABSICHT DES KMK-PRÄSIDENTEN, DIE „SONDERSCHULABSCHLÜSSE AUFZUWERTEN“ 19. Februar 2009

Statt Tricks und statistischen Spielereien: Vom Scheitern bedrohte Jugendliche brauchen wirkungsvolle Hilfen

Die GEW wendet sich entschieden gegen die Absicht des diesjährigen KMK-Präsidenten, die spezifischen Sonderschulabschlüsse, die es in neun Bundesländern gibt, als „reguläre Schulabschlüsse aufzuwerten“. Auf diese Weise lässt sich das Problem der vielen Tausend Jugendlichen nicht lösen, die Jahr für Jahr die Schulen ohne einen vom Arbeitsmarkt akzeptierten Schulabschluss und den entsprechenden Kompetenznachweis verlassen müssen. Es ist eine Verhöhnung dieser Jugendlichen und eine Blamage für die politisch Verantwortlichen, wenn sechs Jahre nach der Einigung auf die Lissabon-Ziele statt wirkungsvoller Maßnahmen für die vom Scheitern bedrohten Jugendlichen nicht mehr herauskommt als Tricks und statistische Spielereien. Der „Handlungsrahmen zur Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss - Sicherung der Anschlüsse - Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrecher“, den die KMK im Oktober 2007 beschlossen hat, ist bislang über das Stadium einer wohlfeilen Absichtserklärung nicht hinaus gekommen.

Forderungen der GEW:

- Die KMK soll keine Entscheidungen treffen, die die selektive Grundausrichtung des deutschen Schulwesens verfestigen. Die Einführung / Aufwertung eines gesonderten Sonderschulabschlusses wäre angesichts der gerade erfolgten Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ihrer eindeutigen Forderung nach einem inklusiven Bildungssystem ein geradezu unglaublich peinlicher Fehlgriff. Die KMK möge deshalb den Überlegungen des diesjährigen KMK-Präsidenten, einen weiteren noch unterhalb des Hauptschulabschlusses liegenden Schulabschluss einzuführen, eine deutliche Absage erteilen.
- Die KMK möge ihre Entscheidungen am Ziel eines inklusiven Schulsystems ausrichten, in welchem kein bildungsgangbezogener Unterricht in der Sekundarstufe I stattfindet und an deren Ende nicht drei sondern nur noch ein Sekundarabschluss vergeben wird.

-
- Wenn die in einigen Bundesländern vergebenen Sonderschulabschlüsse „aufgewertet“ und „mitgezählt“ werden sollen, kann dies für eine Übergangszeit bis zum Erreichen eines vollständig inklusiven Systems nur darin bestehen, dass die Abschlüsse mindestens dem Niveau des jetzigen Hauptschulabschlusses entsprechen. Dieser Nachweis lässt sich erbringen, wenn die Sonderschulen in die bundesweiten Überprüfungen der Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss und den Mittleren Bildungsabschluss einbezogen werden, die für die nächsten Jahre geplant sind.
- Die KMK möge die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Maßnahmen die Bundesländer zur Ausfüllung des „Handlungsrahmens zur Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss - Sicherung der Anschlüsse - Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrecher“ bisher ergriffen haben und welche personellen, sächlichen und finanziellen Ressourcen dafür eingeplant werden. In diesem Zusammenhang möge die KMK für terminologische Klarheit sorgen, indem die Begriffe „Schulabgänger“ und „Schulabbrecher“ entsprechend dem Bildungsbericht 2008 benutzt werden.